

ANFRAGE Stadtrat Marc Bernhard (AfD) Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) vom 13. November 2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	4. Plenarsitzung Gemeinderat 18.11.2014 2014/0292 7.1 öffentlich
Sachstandsbericht Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm (KaWoF) und Karlsruher Innenentwicklungskonzept (KAI)		

1. Welcher Anteil der bisher unbebauten, im Flächennutzungsplan für Wohnzwecke ausgewiesenen Flächen, die in der Vorlage genannt sind, ist im Eigentum der Stadt oder ihrer Gesellschaften?
2. Wie will die Stadt die zügige Entwicklung dieser Flächen sicherstellen?
3. Welchen Nutzen hat ein Förderprogramm, das fast ausschließlich von einer stadt eigenen Wohnungsbaugesellschaft genutzt wird?
4. Wie können zukünftig andere Unternehmen und Privatinvestoren motiviert werden, sich im sozialen Wohnungsbau zu engagieren?
5. Ist es in Bezug auf die im Abschnitt KAI genannten Wohneinheiten ebenso wie bei KaWoF der Fall, dass die Förderung fast ausschließlich durch städtische Unternehmen in Anspruch genommen wird?
6. Wie hoch ist der Anteil der in der Vorlage aufgeführten, unter Anwendung von KAI zu bauenden Wohneinheiten, der von städtischen Gesellschaften gebaut wird?

Sachverhalt/Begründung:

Wir beziehen uns u. a. auf folgende Passagen aus dem Sachstandsbericht:

"Auffallend bei den Gesprächen mit den Wohnungsbauunternehmen war, dass nur diejenigen Unternehmen stärkeres Interesse an KaWoF bekundet haben, die über eigene Flächen verfügen. Diese Flächen werden in naher Zukunft wohl bebaut sein. Damit eine signifikante Verbesserung der Wohnungsmarktsituation eintreten kann, ist es aus wohnungspolitischer Sicht unabdingbar, dass die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Flächenpotenziale für Wohnen zügig entwickelt werden."

"36 Anträge wurden durch die Volkswohnung gestellt, ein Antrag erfolgte von privater Seite."

Zum KAI: "Es zeichnet sich jedoch eine positive Entwicklung in der Anwendung von KAI in Verbindung mit KaWoF ab."

Die Stadt kann mit ihrer Wohnungsbaugesellschaft das Problem des Wohnraummangels alleine nicht lösen. Maßnahmen, die fast ausschließlich städtische Unternehmen fördern, machen daher keinen Sinn. Wir brauchen auch private Investoren, um genügend bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Diese gilt es zu motivieren.

unterzeichnet von:

Marc Bernhard

Dr. Paul Schmidt

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

17. November 2014